

Vermittlungsvorschlag, der eine beiden Seiten annehmbare Lösung dieser beiden Punkte vereinbaren sollte. Unter seinem Vorzeichen sollten Cambon, Marquis Imperiali und ich zusammentreten, und es wäre leicht möglich gewesen, eine annehmbare Form für die strittigen Punkte zu finden, die im wesentlichen die Mitwirkung der L. und K. Beamten bei den Belagerten Untersuchungen betrafen. In einer oder zwei Sitzungen wäre alles bei gutem Willen zu erledigen gewesen; schon die bloße Annahme des englischen Vorschlages hätte eine Entspannung bewirkt und unsere Beziehungen zu England verbessert. Ich befürwortete ihn daher dringend, da sonst der Weltkrieg bevorstehe, bei dem wir alles zu verlieren und nichts zu gewinnen hätten. Umsonst, es sei gegen die Würde Oesterreichs, hieß es, und wir wollten uns in die serbische Sache nicht einmischen. Wir überließen das unserem Bundesgenossen.

Es hätte natürlich nur eines Winkes nach Wien bedurft, um den Grafen Berchtold zu bestimmen, sich mit einem diplomatischen Erfolg zu begnügen und sich mit der serbischen Antwort zu beruhigen. Dieser Wink ist nicht ergangen. Im Gegenteil, es wurde zum Kriege gedrängt! Der Eindruck befestigte sich bei mir immer mehr, daß wir den Krieg unter allen Umständen wollten. Anders wäre unsere Haltung in einer Frage, die uns doch direkt nichts anging, nicht zu verstehen.

Die inländischen Witten und bestimmten Erklärungen Sazonow's, später die geradezu demütigende Telegramme des Zaren, die wiederholten Vorschläge Grenz, darauf die des Marquis San Giuliano und des Herrn Solatti und meine dringenden Ratschläge, alle haben nichts genützt! In Berlin blieb man dabei, Serbien müsse massakriert werden.

Die Ereignisse überstürzten sich bald darauf. Als endlich Graf Berchtold, der bis dahin auf Berliner Weisungen den starken Mann spielte, sich einsinken entschlossen hatte, beantwortete wir die russische Mobilmachung, nachdem Rußland eine ganze Woche vergeblich unterhandelt und gewartet hatte, mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung. Wir haben, wie aus allen amtlichen Veröffentlichungen hervorgeht, und auch durch unser Weibuch nicht widerlegt wird, das durch seine Dürftigkeit und Vüdenhaftigkeit eine schwere Selbstanklage darstellt, erstens den Grafen Berchtold ermutigt, Serbien anzugreifen, obwohl keine deutschen Interessen vorlagen und die Gefahr eines Weltkrieges uns bewußt sein mußte. Ob wir den Wortlaut des Ultimatum's gekannt haben, ist völlig gleichgültig. Zweitens, in den Tagen zwischen dem 23. und 30. Juli 1914, als Sazonow mit Nachdruck erklärte, einen Angriff auf Serbien nicht dulden zu können, die britischen Vermittlungsvorschläge abgelehnt, obwohl Serbien unter russischem und britischem Druck nahezu das ganze Ultimatum angenommen hatte und obwohl eine Einigung über die beiden fraglichen Punkte leicht zu erreichen und Graf Berchtold sogar bereit war, sich mit der serbischen Antwort zu begnügen. Drittens, am 30. Juli, als Graf Berchtold einlenken wollte, wurde, ohne daß Oesterreich angegriffen worden war, auf die bloße Mobilmachung Rußlands hin, ein Ultimatum nach Petersburg geschickt und der Krieg an Rußland erklärt, obwohl der Zar sein Wort verpfändete, solange noch unterhandelt werde, keinen Mann marschieren zu lassen. Wir haben also die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung gänzlich vernichtet. Es ist nicht zu verwundern, wenn angesichts dieser unbefriedigten Tatsachen, Deutschland die gesamte Kulturwelt außerhalb seiner Grenzen die alleinige Schuld am Weltkrieg beilegt.

Baher über Lichnowsky.

Erklärungen des Botschafters.

Am 19. März, 1914. Am 16. d. fand im Hauptsaal des Reichstages eine Sitzung statt, die sich mit zwei in der letzten Zeit aufgeführt in Deutschland verbreiteten Schriftstücken, in erster Linie mit der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1916, befaßte, die gegen die Politik der Regierung kurz vor Ausbruch des Krieges gerichtet sind.

Bei Eröffnung der Debatte führte der Stellvertreter des Reichstages v. Bayer aus, über die Veröffentlichung der Denkschrift habe Fürst Lichnowsky sich selbst am 18. d. dem Reichstagspräsidenten gegenüber folgendemmaßen geäußert:

Fürst Lichnowsky über die Veröffentlichung.

Eurer Excellenz ist bekannt, daß rein private Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 nieder schrieb, durch einen unerhörten Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden haben. Es handelt sich im wesentlichen um subjektive Betrachtungen über unsere gesamte Außenpolitik seit dem Berliner Kongreß. Ich erklärte in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf orientalische Fragen die eigentlichen Wurzeln des Weltkrieges. Daran anschließend unterzog ich auch unsere Marokko- und Kottendolstift einer kurzen Beleuchtung. Meine Londoner Mission konnte hierbei naturgemäß um so weniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, der Zukunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung Einzelheiten meiner dortigen Erlebnisse und Eindrücke zu notieren, ehe sie meiner Erinnerung entschwanden. Diese activermaßen nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich ohne Aktenmateriel oder Notizen aus der Zeit meiner amtlichen Tätigkeit aus dem Gedächtnis niederschrieb, glaubte ich einigen ganz wenigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie zu ihrer Ruberkassiertheit, gegen Zuficherung unbedingter Verschwiegenheit zeigen zu können.

Seiner hat einer dieser Herren ohne mein Wissen einem in der politischen Abteilung des Generalstabes angestellten und mir unbekanntem Offizier, der sich für die einschlägigen Fragen lebhaft interessierte, meine Schrift zu lesen gegeben. In völliger Verkennung der Tragweite meines Schrittes hat letzterer die Schrift vervielfältigt und an eine Reihe mir meist unbekannter Persönlichkeiten verschickt. Als ich den Unfug erfuhr, war es leider schon zu spät, um alle ausgegebenen Exemplare reiflos einzuziehen zu können. Ich habe mich dem damaligen Reichskanzler Herrn Dr. Michaelis daraufhin zur Verfügung gestellt und ihm mein tiefstes Bedauern über die ganze peinliche Angelegenheit zu erkennen gegeben. In steter Fühlung mit dem auswärtigen Amt bin ich seither bestrebt gewesen, der weiteren Verbreitung meiner Betrachtungen möglichst entgegenzuwirken, leider ohne den gewünschten Erfolg. Eure Excellenz wollen mir gestatten, mein bereits mündlich vorgebrachtes lebhaftes Bedauern über den höchst ärgerlichen Vorfall noch in dieser Form zu erneuern. In aufrichtiger Verehrung Eurer Excellenz ganz gehorsamer Lichnowsky."

Die Motive des Fürsten.

Mittlerweile habe der Fürst sein Abschiedsgesuch eingereicht und bewilligt erhalten, und da ihm zweifellos keine hohe Aussicht vorgelegen habe, sondern es sich mehr um eine Unvorsichtigkeit gehandelt habe, habe man davon abgesehen, weiter gegen den Fürsten vorzugehen. Wohl aber müsse gegen einzelne seiner Darstellungen und Behauptungen auch im Hauptsaal Widerspruch erhoben werden. Das gelte namentlich von den Behauptungen über die politischen Vorgänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges. Diese Vorgänge seien dem Fürsten aus eigener Wissenschaft nicht bekannt. Es seien ihm anscheinend von dritter, falsch unterrichteter Seite unzutreffende Informationen zugegangen, welche Mäßigkeit der Fürst auch selbst zugegeben habe. Als Schlüssel für die Irrtümer und die Fehlschlüsse der Denkschrift sei vielleicht auch noch die unfällige Uebersetzung der eigenen Verdienste durch den Fürsten heranzuziehen, die von einem förmlichen Sachgenossen beilegt sei, die seine Leistungen nicht so anerkennen, wie er es erwarte. An mehr als einer Stelle deute er an, daß für diese in erster Linie für ihre Entscheidung nicht sachliche Ermäßigungen maßgebend gewesen seien, sondern die Frage, ob ihre Stellungnahme ihm nützen oder schaden, angenehm oder unangenehm sein könnte.

Uebereinstimmend mit diesem Zuge ziehe sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Verehrung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrhaft liebevoll geschildert würden, und im Gegenzug dazu eine ebenso auffällige Verehrung gegen fast sämtliche deutsche Staatsmänner. Das Resultat sei gewesen, daß der Fürst in nicht seltenen Fällen gerade die eifrigsten Gegner Deutschlands als dessen beste Freunde angesehen habe, weil sie sich mit ihm persönlich gut gestellt hätten. Bei einer solchen Verehrung der Menschen sei es kein Wunder, daß der Fürst bei seiner Darstellung zu falschen Schlüssen gekommen sei. So gebe er selbst zu, daß er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst keine weitergehende Bedeutung beigegeben und es über vermerkt habe, daß man in Berlin die Lage anders beurteilt habe. Schon dieser Irrtum allein mache es erklärlich, daß der Fürst sein ungetrübtetes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung gehabt habe.

Im einzelnen gehe aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer 1914 wie bei Abfassung der Denkschrift die Ansicht vertreten habe, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Friede hätte von der deutschen Regierung durch Einwirkung auf Oesterreich-Ungarn aufrechterhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügend ausgenützt hätte. Von Rußland wäre, wenn dies geschehen wäre, ein militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wie falsch eine solche Politik gewesen wäre, sei jetzt durch die Aufklärungen des Suchomlinow-Prozesses überzeugend festgestellt.

Die angeführten Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik berufe, ständen im einzelnen vielfach im direkten Widerspruch mit der objektiv festzustellenden Wahrheit. Redner führte dies im einzelnen aus, so bezüglich der Behauptung des Fürsten, daß Generaloberst v. Moltke zum Kriege gedrängt habe, bezüglich des am 5. Juli 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrates und der Vertagung eines österreichischen Protokolls über den angeblichen Kronrat an den Grafen Mensdorff nach London, in welchem Protokoll der Zusatz enthalten sei, es werde nicht schaden, wenn auch daraus ein Krieg mit Rußland entstehe. Diese sämtlichen Behauptungen seien nachweisbar falsch, ebenso die Behauptung, daß der damalige Staatssekretär des auswärtigen Amtes im Juli 1914 in Wien gewesen sei, wie die Behauptung, Graf Pourtales habe berichtet, Rußland werde sich unter keinen Umständen rühren. Wie unbearbeitet die Klagen des Fürsten darüber seien, daß man nicht seiner Anregung entsprechend die serbische Krise durch eine Konferenz zu beendigen versucht habe, sei jetzt unverkennbar, und die Verhandlungen des Suchomlinow-Prozesses hätten gezeigt, wie unbearbeitet seine Vorwürfe seien, daß Deutschland die russische Mobilmachung mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe.

Wenig sei es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsvorschläge Englands abgelehnt. Ganz besonders dringend sei von Berni aus der letzte Vermittlungsvorschlag Sir Edward Grey's in Wien befürwortet worden. Wenn die Denkschrift von einer Verständigung mit

England rede, so müsse zur Vermeidung von Irrtümern betont werden, daß diese sich nur auf die Bagdadbahn und auf portugiesische Kolonien bezogen hätte. Eine Gesamtverständigung mit England sei angesichts des unbedingten Festhaltens Englands an der Entente-politik, wie es in den Verhandlungen über das englisch-russische Marineabkommen zum Ausdruck gekommen sei, entgegen der Behauptung des Fürsten, begreiflicherweise nicht zustande gekommen.

Es sei dem Fürsten freigestanden, sich Aufzeichnungen über die Vorgänge und über seine Stellung zu ihnen zu machen. Aber dann hätte er die unbedingte Verschwiegenheit gehabt, dafür zu sorgen, daß sie nicht an die Öffentlichkeit kommen können.

In die Erklärungen Bayers schloß sich eine Debatte an, in deren Verlauf Unterstaatssekretär v. Stumm auf die Anfrage, wer für die Ernennung des Fürsten Lichnowsky verantwortlich sei, was sie veranlaßt habe und weshalb er von seinem Posten nicht abberufen worden sei, erwiderte, daß die Ernennung durch den Kaiser im Einvernehmen mit dem für die Ernennung verantwortlichen Reichskanzler erfolgt sei. Der Fürst habe eine Reihe diplomatischer Stellungen im Ausland, zuletzt als Votschaftsdat in Wien, bekleidet und sei eine Zeitlang als Vortragender Rat im auswärtigen Amt beschäftigt gewesen. In allen diesen Stellungen habe er sich bewährt, so daß ein Grund, den Fürsten in die Stellung eines Votschafters nicht aufzuheben zu lassen, nicht vorgelegen habe.

In London habe sich Fürst Lichnowsky mit Eifer und Hingabe seiner Aufgabe gewidmet. Seine Urteile hätten allerdings mit den Ansichten des auswärtigen Amtes häufig nicht übereingestimmt. Dies gelte insbesondere hinsichtlich seines weitgehenden Optimismus über den Stand der deutsch-englischen Beziehungen. Nachdem seine Hoffnungen auf Selbstführung einer deutsch-englischen Verständigung durch den Ausbruch des Krieges vernichtet worden seien, sei der Fürst in einem Zustand starker Erregung nach Deutschland zurückgekehrt und habe mit seiner Kritik der deutschen Politik schon damals nicht zurückgehalten. Seine Erregung sei durch die scharfen Angriffe gesteigert worden, denen er in der deutschen Presse ausgesetzt gewesen sei, deren Aufmerksamkeit er durch sein rednerisches Hervortreten in England auf sich gerichtet habe. Diese Umstände müßten bei Bewertung der Denkschrift in Betracht gezogen werden. Es sei nicht gerechtfertigt, aus derselben Rückschlüsse auf die Tätigkeit des Votschafters in London zu ziehen, sie der Regierung zur Last zu legen und daraus Vorwürfe gegen die Regierung herzuleiten.

Auf die Anfragen bezüglich des Weibbuches müsse er antworten, daß es nicht sehr umfangreich sei. Es sei sehr reich zusammengefaßt worden, um dem Reichstag bei seinem Zutritt ein klares Bild von der Schuldfrage zu geben. Die Bemerkungen der anderen Staaten seien zwar viel umfassender, das deutsche Weibbuch habe sich aber von ihnen insofern vorteilhaft ab, als es keine Fälschungen enthalte. Im übrigen sei die Ausgabe eines neuen Weibbuches in Vorbereitung.

Eine Abgabe an Lichnowsky.

Am 19. März, 1914. Die Köln. Stg. erklärt zur Denkschrift des Fürsten Lichnowsky: Die Behauptungen Lichnowsky's, der Weltkrieg hätte vermieden werden können, wenn Deutschland es gewollt hätte, gründen sich auf falsche Unterrichtungen und Mitteilungen aus dritter Hand. Lichnowsky hat 1914 in jenen verhängnisvollen Julitagen in London gelebt, urteilt aber, als seien alle Fäden, die zwischen Wien und Berlin zur Verschönerung des Krieges gesponnen wurden, durch seine Hände gelaufen. Es wäre seine Pflicht gewesen, bei der Berliner Zentralfeste Einsicht in alles zu erhitzen, was zum Urteil über jene kritischen Julitage dienen konnte. Hätte er das getan, so hätte er nicht behaupten können, wir hätten den Grafen Berchtold ermutigt, Serbien anzugreifen, und die englischen Vermittlungsvorschläge abgelehnt. Es lag an den Vorschlägen selbst, wenn aus der Vermittlung nichts wurde.

Die Behauptungen Lichnowsky's kann man Schritt für Schritt zurückweisen. Schlimmer noch als seine Fälschungen ist, über Dinge zu urteilen, über die ihm auf Grund seiner Unkenntnis ein Urteil nicht zustand, ist die blinde Liebe zu England. Nur ein un diplomatischer Kopf wie Lichnowsky kann sagen, die deutsch-englische Verständigung sei vor Kriegsausbruch erreicht gewesen. Die Berliner politische Leitung sei leichtfertig verfahren, als sie Lichnowsky nach London schickte; sie hätte wissen müssen, daß er einer solchen Aufgabe nicht gemachsen war.

Die Denkschrift Lichnowsky's.

Am 19. März, 1914. (Priv.-Tel.) Das Tageblatt bringt aus der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky große Auszüge, von denen namentlich die folgenden Stellen Oesterreich betreffen: „Ende Juni 1914 begab ich mich,“ so schreibt der Fürst, „auf allerhöchsten Befehl nach Kiel. An Bord des Meteor“ erfuhren wir den Tod des Erzherzogs Franz Ferdinand. Der Kaiser behauptete, daß dadurch seine Bemühungen, den hohen Herrn für seine Ideen zu gewinnen, vergeblich wären. Ob der Plan einer aktiven Politik gegen Serbien schon in Konstantinopel festgelegt wurde, konnte ich nicht wissen; da ich über Wiener Ansichten und Vorgänge nicht unterrichtet war, maß ich den Ereignissen keine weitgehende Bedeutung bei.

In Berlin besaßen sich Bethmann Hollweg und Zimmermann mir gegenüber über russische Rüstungen. Ich suchte sie zu beruhigen und betonte, daß Rußland kein Interesse habe, uns anzugreifen, und daß ein solcher Angriff aus niemals die englisch-französische Unterstützung finden würde, weil beide Länder den Frieden wollten. Daß General v. Moltke zum Kriege drängte, wurde mir natürlich nicht gesagt. Ich erfuhr aber, daß Herr v. Lichnowsky einen Verweis erhielt, weil er berichtete, er habe in Wien Serbien gegenüber zur Maximierung geraten.

Auf meiner Rückreise nach London hielt ich mich einige Tage in Berlin auf und hörte, daß Oesterreich beabsichtige, gegen Serbien vorzugehen. Leider unterschätzte ich die Tragweite dieser Nachricht. Heute bedauere ich, nicht in Berlin geblieben zu sein und solesich erklärt zu haben, daß ich eine derartige Politik nicht mitmache. Nachträglich erfuhr ich, daß bei der entscheidenden Besprechung in Potsdam am 5. Juli die Wiener Anträge die unbedingte Zustimmung aller maßgebenden Persönlichkeiten fanden, und zwar mit dem Zusatz, es werde auch nicht schaden, wenn daraus ein Krieg mit Rußland entstehen sollte.

Ich bekam die Weisung, darauf hinzuwirken, daß die englische Presse eine freundliche Haltung annehme, wenn Oesterreich der großserbischen Bewegung den Todesstoß versetze. Alles in England sprach aber so sehr gegen den Krieg, daß ich mich veranlaßt sah, dringend zu warnen. Ich warnte aber auch vor dem ganzen Projekt, das ich als abenteuerlich und gefährlich bezeichnete, und riet den Oesterreichern Mäßigkeit an, da ich nicht an die Lokalisierung des Konflikts glaubte.

Herr v. Jagow antwortete mir, etwas Gebeltes würde es wohl geben, aber je fester wir zu Oesterreich stünden, um so mehr würde Rußland zurückweichen. Oesterreich beschuldige uns schon der Flaumacherei, und so dürften wir nicht knifeln. Die Stimmung in Rußland werde einerseits immer deutschfeindlicher, und da müßten wir es eben riskieren.

Als das österreichische Ultimatum erschien, waren alle Organe mit Ausnahme des stets notleidenden und von den österreichischen Agenten bezahlten Standard einig in der Beurteilung. Die ganze Welt, außer in Wien und Berlin, beauftragte, daß es einen Krieg, und zwar einen Weltkrieg, bedeute. Die britische Flotte, die aufwies auf einer Klottenschau verlammt war, wurde nicht demobilisiert. Ich drängte auf eine möglichst entgegenkommende Antwort an Serbien, da die Haltung der russischen Regierung keinen Zweifel mehr an dem Ernst der Lage ließ. Die serbische Antwort entsprach den britischen Bemühungen, denn tatsächlich hatte Pachtisch alle Forderungen angerechnet bis auf zwei Punkte, über die er sich bereit erklärte, zu unterhandeln. Wollten England und Rußland den Krieg, um uns zu überfallen, so genügte ein Wink nach Belgien, und die unerhörte Note blieb unbeantwortet. Grey ging die serbische Antwort mit mir durch und wies auf die entgegenkommende Haltung der Regierung in Belgrad hin. Wir berieten dann einen